

abermaligen Besuch Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers erfreut. Schon bei seiner neulichen Anwesenheit zeigte der Erzherzog, als der Director der bevorstehenden Feierlichkeit erwähnte, lebhafteste Neigung, der Abhaltung derselben beizuwohnen. In Erinnerung dessen verfügten sich die Herren Assessoren Dr. Leykam als Assistent der Gesellschaft zur Beförderung nützlicher Künste u. s. w., und Candidat Fester als Director der Schulverwaltung in die Wohnung Sr. kaiserl. Hoheit, um denselben um seine Anwesenheit bei der Prüfung und Preisvertheilung zu bitten. Der Erzherzog erschien wirklich, wohnte dem ganzen Verlaufe von 3 1/2 bis 6 Uhr mit lebhaft ausgesprochenem Interesse bei, und hatte die Gewogenheit, auf die Bitte des Directors, sich bei der Preisvertheilung in der Art zu betheiligen, daß derselbe die Preise mit eigener Hand an die Würdigen austheile. Nachdem die Feierlichkeit beendet war, beglückwünschte er noch den Director und die Schulverwaltung über den im Verhältniß zu den Zeitumständen so blühenden Zustand der Anstalt, und wendet sich dann ungefähr in folgenden Worten an die Schüler: Ich kann dem, was der Director so eben ausgesprochen, nur beifügen, daß Ihr doch Alle recht sehr beherzigen möchtet, was eine Anstalt, wie die hiesige, Euch für Euer Fortkommen im Leben bietet. Immer und immer kann ich Euch nur ans Herz legen: Seid fleißig und benutzet die Zeit nach allen Kräften; denn nur derjenige, der etwas Tüchtiges gelernt hat, kann sich im Leben als wackerer Mann bewähren. Ja, seid beharrlich und ausdauernd, folget Euren Lehrern, die so tüchtigen Männer sind und es so gut mit Euch meinen, und Ihr werdet reichlichen Lohn ernten." Nachdem der Erzherzog-Reichsverweser in Begleitung des Herrn Bürgermeister Göster, der der Prüfung ebenfalls beigewohnt hatte, die angestellten Zeichnungen und Modelle in Augenschein genommen und sich auch hier durchgängig anerkennend ausgesprochen hatte, verließ derselbe, von dem Director geleitet, die Anstalt in ebenso anspruchsloser Weise, als er hingekommen.

8. Nov. Wie wir vernehmen, wird die demokratische Partei in hiesiger Stadt und Umgegend den Jahrestag der Erschießung Robert Blum's durch eine Todtenfeier begehen, welche in Offenbach für den nächsten Sonntag und im hiesigen Montagstränzchen für nächsten Dienstag anberaumt ist. — Hoher Senat hiesiger freien Stadt hat in seiner letzten Sitzung am Samstag, den 3. d. M., zu dem zwischen Oestreich und Preußen geschlossenen Vertrag über die Einsetzung einer provisorischen Centralcommission für Deutschland seine Zustimmung gegeben, und wird der constituirenden Versammlung in einer ihrer nächsten Sitzungen davon Mittheilung machen. — Herr v. Igstein, welcher sich in der letzten Zeit auf seinem Gute in Hallgarten im Rheingau aufhielt, hat dieses verlassen und sich nach Belgien begeben, um von dort nach Amerika zu reisen.

**Karlsruhe, 7. Nov.** In einer hiesigen Bierwirtschaft kam es gestern Abend zu unruhigen Ausbrüchen, und zwar waren es preussische Soldaten vom 30. Regiment, welche jene Excesse begingen, indem sie Hederlieder sangen und abwechselnd Heder und Struvelsen ließen. Der Vorgang hatte übrigens keine weiteren Folgen, als daß einige von den Tumultuanten verhaftet wurden, die nun ihrer Bestrafung entgegensehen. Unser Stadtkommandant, Herr v. Brandenstein, ist nicht der Mann, der in solchen Dingen mit sich spassen läßt. Allein die Sache hat noch eine andere Seite. Von selbst sind die betreffenden Soldaten, die, wie begreiflich im Zustande der Trunkenheit sich befanden, nicht auf den Einfall gekommen, Excesse zu begehen; es liegt also hier abermal ein Fall vor, der darauf hindeutet, daß die Wühlereien nach wie vor fortdauern, und daß was früher an den badischen Soldaten mit so günstigem Erfolge versucht wurde, jetzt den preussischen gegenüber fortgesetzt wird. Die Untersuchung muß wohl herausstellen, wer diesmal die Verfänger waren, und wir bezweifeln nicht, daß sie den gekührenden Lohn erhalten werden; ein trauriges Zeichen ist es, daß jene Bemühungen überhaupt noch fortdauern. — Die „Rölnische Zeitung“ hat, wie bereits vor einigen Monaten in einem aus Mainz datirten Artikel, so jetzt in einer von hier aus an sie gerichteten Correspondenz die Nachricht von dem Gerücht einer Abdication des Großherzogs gebracht, und diesmal mit dem Zusatz, daß Baden seine Selbstständigkeit aufgeben, und Oesterreich, Bayern und Hessen zu fallen würde. Die Nachricht ist an sich so unwahrscheinlich, daß wir ihre Wiederholung nicht für nöthig hielten, wenn sie nicht eben in einem so vielgelesenen und obendrein so accreditirten Blatte stände. Wir wollen deshalb nur kurz bemerken, daß sie von Anfang bis zu Ende unwahr ist. R.D.P.Z.

**Mannheim, 6. November.** Vorbehaltlich der nachfolgenden Vorlage an die Kammern und deren Genehmigung räumt die badische Verfassung dem Großherzog unter Verantwortlichkeit der Minister in dringenden Fällen das Recht einer einseitigen provisorischen Gesetzgebung ein. In Folge dieses Rechts wurde das Gesetz

vom 7. Juni v. J. durch das provisorische Gesetz vom 9. Juni d. J. dahin ausgedehnt, daß dasselbe sich nach Verkündigung des Kriegszustandes nicht bloß auf Militärpersonen erstrecken, sondern allgemeine Anwendung finden solle, und daß außerdem noch verschiedene von den ordentlichen Gesetzen mit Strafen bedrohte Handlungen mit Todesstrafe bedroht werden. Die standrechtlichen Erkenntnisse über die an dem letzten Aufstande Betheiligten ergaben nun bis zum 27. October, dem Tage der Aufhebung sämtlicher Standgerichte, nachstehendes Resultat der Anwendung dieses Gesetzes. Durch Pulver und Blei wurden hingerichtet: Dortu, Esenhauß, Biedensfeld, Neß, Liedemann, Heilig, Erbschler, Höfer, Böhning, Krommer, Kenzinger, Zenthöfer, Wilschky, Lacher, Jakob, Schade, Tunis, Dieß, Guntar, Jäger, Bauer, Kohlenbecker, Kilmarr, Streuber, Schrader, Bernigau und Jansen — im Ganzen 27 Personen; 62 wurden zu 10 Jahren, 2 zu 8, 2 zu 6, 4 zu 5 Jahren Zuchthaus und 3 Personen endlich zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt. Das provisorische Gesetz vom 9. Juni d. J. fand somit im Ganzen in einer Zeit von circa 3 Monaten gerade in hundert Fällen seine Anwendung. M. Z.

**Kassel, 5. Nov.** Oeffentliche Blätter beschäftigen sich jetzt viel mit der eventuellen Succession in Dänemark und Kurhessen. Daß beide Throne nicht einen Inhaber erhalten können, ergibt sich schon aus der Bestimmung des § 11. der kurhessischen Verfassungs-Urkunde, daß die Regierung nicht außer Landes verlegt werden könne, und findet in der Bestimmung des Entwurfs der deutschen Reichsverfassung (welche schon der Frankfurter Abschluß vom 28. März enthielt und worüber bei dem definitiven Abschluß kein DisSENS voranzusehen ist), daß die Regierung irgend eines nichtdeutschen verbunden werden kann, ein weiteres Fundament. Die „Weserzeitung“ stellt jedoch den Fall auf, daß mittelst diplomatischer Verhandlungen eine anderweitige Regelung der dänischen Erbfolge dieses Zusammentreffen zweier Successionen auf einem Haupte beseitigen möchte, und verknüpft hiermit eine alsdann unabweislich werdende Entschädigungsfrage, für welche das Herzogthum Lauenburg sich als passendes Object darstelle, dessen Wiedererwerb für Hannover von solchen Werth ist, daß es gegen ein nicht schwer zu ermittelndes Aequivalent in der Nähe Kurhessens dazu zu gelangen wünschen müsse. Wir werden über Fälle, die nicht vorliegen, kein Conjecturalfeld eröffnen. Wenn nun aber einige Zeitungen so weit gehen, für Preußen Erbfälle nach dem Erbverbrüderungsvertrage zwischen Hessen, Sachsen und Brandenburg ins Auge zu fassen, so sind dabei nicht nur die Bestimmungen dieses Erbvertrages, wobei Brandenburg als später eintretender Theil im geringeren Maße theilhaftig ist, als Hessen und Sachsen, — sondern auch der augenfällige Umstand ganz außer Acht gelassen, daß das hessische Fürstenhaus in mehreren Linien blüht, und in diesem Augenblick 20 männliche Sprossen, und darunter mit Einschluß zweier regierenden Herren nicht weniger als dreizehn Prinzen in dem Alter unter 50 Jahren in seiner Mitte zählt. K. A. Z.

**München, 5. Nov.** Geheimrath v. Balli ist abermal hier eingetroffen, mit einem Auftrag des Reichsverwesers an unsere Regierung. Auch der für Berlin neu ernannte bayerische Gesandte Hr. v. Malzen ist von Stuttgart hier eingetroffen, und wird sich nach kurzem Aufenthalt auf seinen neuen Posten begeben. — Mehrere der von Baden ausgelieferten Baiern, die man in Augsburg vor einigen Tagen mit Lauspässen in ihre Heimath entließ, sind bereits hier eingetroffen. Sie machen von der Behandlung die sie in letzter Zeit in Baden, namentlich auch von preussischen Soldaten erfuhren, eine sehr traurige Schilderung. Den meisten dieser Leute, von denen viele den gebildeten Ständen angehören, hat man nur das Hemd, das Unterbeinkleid und einen schlechten Soldatenmantel gelassen. Die Zurückziehung des Truppencorps in Unterfranken soll, wie es jetzt heißt, erfolgen, sobald die neue Centralgewalt eingesetzt sein wird. Die verschiedenen Truppentheile sollen dann in ihre frühern Garnisonen wieder einrücken. C. M.

**Hamburg, 6. Nov.** Die „Landesverwaltung“ arbeitet so ganz in dänischem Sinne, daß der „Flensburger Correspondent“, das Organ der dänischen Partei in Schleswig, dieselbe bereits kurzweg als eine dänische Landesregierung bezeichnet; Graf Culenburg tritt den Deutschen in Schleswig noch barscher und drohender entgegen, als selbst Lillisch und Hodges; die „neutralen“ Schweden und Norweger sind nicht bloß bereit, Magistrate abzusetzen und deutschgesinnte Bürger mit Ruthenstößen oder Eselsböden zu bedrohen, sondern auch die preussischen 1 1/2 Jahre lang bundesgenössisch gewesen Truppen sind nunmehr der Landesverwaltung zur Disposition gestellt, die durch sie Zollkassen nach Flensburg führen und Postämter verwalten läßt und sie in der Gestalt von Exekutionstruppen in den renitenten Städten und Dörfern einquartirt.

Man darf sich daher nicht wundern, daß das neulich erschienene provisorische Gesetz, welches die Ausschreibung der Rekrutierung